

03.11.2010 / Kapital &amp; Arbeit / Seite 9

## Gegen die Verfassung

### Berlin: Arbeitsrechtler, Basis- und Spartengewerkschafter diskutierten über Gesetzesinitiative zur »Tarifeinheit«. Schwere Vorwürfe gegen den DGB

*Rainer Balcerowiak*

Seit Jahren beraten Topmanager ehemaliger Staatsunternehmern, der Deutschen Bahn AG und der Kapitalverbände mit den Spitzen des DGB über Wege, die unliebsamen, weil kämpferischen Sparten- und Berufsgewerkschaften aus dem Weg zu räumen. Besonders ver.di drängt darauf, den Störenfrieden bei der alltäglichen Kungelei mit den Unternehmensleitungen kommunaler oder ehemaliger Staatsbetriebe die Tarfmächtigkeit abzusprechen. Nachdem das Bundesarbeitsgericht im Juni erstmals die Möglichkeit von konkurrierenden Tarifverträgen innerhalb von Betrieben eingeräumt hat, stiegen die Chefs von DGB und BDA, Michael Sommer und Dieter Hundt, gemeinsam in die Bütt und kündigten eine Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit an, um den Richterspruch auszuhebeln. Der Entwurf wurde mittlerweile vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) über den Bundesrat in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht, begleitet vom Beifall der großen Unternehmerverbände. Konkret geht es um die Neufassung mehrerer Paragraphen im Tarifvertrags- und im Arbeitsgerichtsgesetz. Künftig soll in einem Betrieb nur noch der Tarifvertrag jener Gewerkschaft Anwendung finden, die die meisten Mitglieder hat. Alle anderen Gewerkschaften unterliegen während der Laufzeit dieses Vertrages der Friedenspflicht, d. h., sie dürfen nicht streiken.

Unterstützung für den Vorstoß gab es sowohl aus den Reihen der Koalitionsfraktionen als auch von der SPD. Die Grünen scheinen sich für das Thema nicht zu interessieren. Und nachdem sich einige »Traditionsgewerkschafter« der Linken samt ihres Vorsitzenden Klaus Ernst zunächst vehement für ein Tarifeinheitsgesetz ausgesprochen hatten, hat die Partei mittlerweile klargestellt, keine Einschränkung des Streikrechts zu unterstützen

Doch nicht nur die vom Verlust der Tarfmächtigkeit und faktischem Streikverbot bedrohten Spartengewerkschaften wie GDL, Marburger Bund, UFO oder Cockpit setzen sich energisch zur Wehr; auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften gibt es Widerstand. Vor diesem Hintergrund lud das Komitee für gewerkschaftliche Freiheit am Montag zu einer Podiumsdiskussion im »Roten Salon« der Berliner Volksbühne ein.

Die großen Kontroversen gab es bei der Veranstaltung allerdings nicht. Trotz entsprechender Anfrage mochte kein Vertreter des ver.di-Bundesvorstands als Befürworter der Gesetzesänderung auftreten. Der Einladung gefolgt waren dagegen der Arbeitsrechtler und Autor Rolf Geffken, der Vorsitzende des Bezirksvorstands NRW der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Frank Schmidt, Lothar Degen vom Ortsvorstand des ver.di-Fachbereichs 8 (Medien, Kunst und Industrie) in Hamburg sowie Holger Marx als Vertreter der FAU Berlin. Moderiert wurde die Veranstaltung von jW-Redakteur Jörn Boewe. Die rund 50 Besucher beteiligten sich rege an der Diskussion.

Geffken sieht für die DGB/BDA-Initiative keinerlei Chance. Beide strebten »sehenden Auges Verfassungsbruch an«, da sowohl das Grundgesetz als auch Urteile des Bundesverfassungsgerichtes die angestrebte Einschränkung der Koalitionsfreiheit ausschlossen. Dennoch dürfe man den Versuch, gewerkschaftliche Rechte einzuschränken, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Zumal wenn die DGB-Spitze dabei als treibende Kraft auftrete. Auch nähmen der Dachverband und einige

Mitgliedsgewerkschaften offenbar in Kauf, daß sie bei der angestrebten Gesetzeslage selber ihre Tariffähigkeit verlieren würden. Beispielsweise in Krankenhäusern, wo die oftmals fast komplett im Marburger Bund organisierten Ärzte zwar die Minderheit der Belegschaft, aber die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb ausmachten. Damit würden dem Pflege- und Verwaltungspersonal ein quasi tarifloser Zustand drohen.

Degen zeichnete ein düsteres Bild seiner eigenen Gewerkschaft ver.di. Längst befinde sich die Organisation »im Siechtum«. Der Apparat habe sich von der Realität an der Basis weitgehend abgekoppelt und versuche »verzweifelt, sich selbst zu retten«. Die Staatsnähe und die Kungelei mit Unternehmen und öffentlichen Dienstherren sei dabei zum Selbstzweck geworden. Den DGB selbst sieht Degen als politisch weitgehend irrelevanten »Hohlkörper, der bald zusammenbricht«. Zwar sei es wichtig und richtig, daß Basisaktivisten immer wieder versuchten, der Politik der Führung etwas entgegenzusetzen, doch er habe wenig Hoffnung, daß dies innerhalb der »erstarrten Organisation« wirklich etwas bewegen könne.

Wie auch Geffken hält Schmidt die Gesetzesinitiative für »tot, weil verfassungswidrig«. Ohnehin sei es ein »Armutszugnis« für die DGB-Spitze, daß sie sich - statt über die Gründe für Mitgliederschwund und sinkenden Organisationsgrad nachzudenken - mit Unternehmerverbänden zusammentue, um Gewerkschaften auszuschalten, die sich effektiv und erfolgreich für ihre Mitglieder einsetzen. Dazu passe, daß sich die Initiative - unterstützt von Lufthansa und Deutscher Bahn AG - »Arbeitsrechtler eingekauft« habe, um dem geplanten Verfassungsbruch einen seriösen Anstrich zu geben. Die GDL werde sich zwar »stets an Recht und Gesetz halten«, aber gemeinsam mit den anderen Spartengewerkschaften und der Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes »massiv gegen die Initiative mobilisieren«.

Einig waren sich die Vertreter auf dem Podium und die Mitdiskutanten aus dem Publikum, daß man jetzt weiter gegen die geplante Gesetzesinitiative mobil machen müsse. Ein ermutigendes Beispiel kam von einem Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Es sei nach intensiven Diskussionen in der Organisation davon auszugehen, daß der DGB/BDA-Vorstoß auf der kommenden Berliner Landesvertreterversammlung einhellig abgelehnt wird, berichtete er unter dem Beifall der Anwesenden.